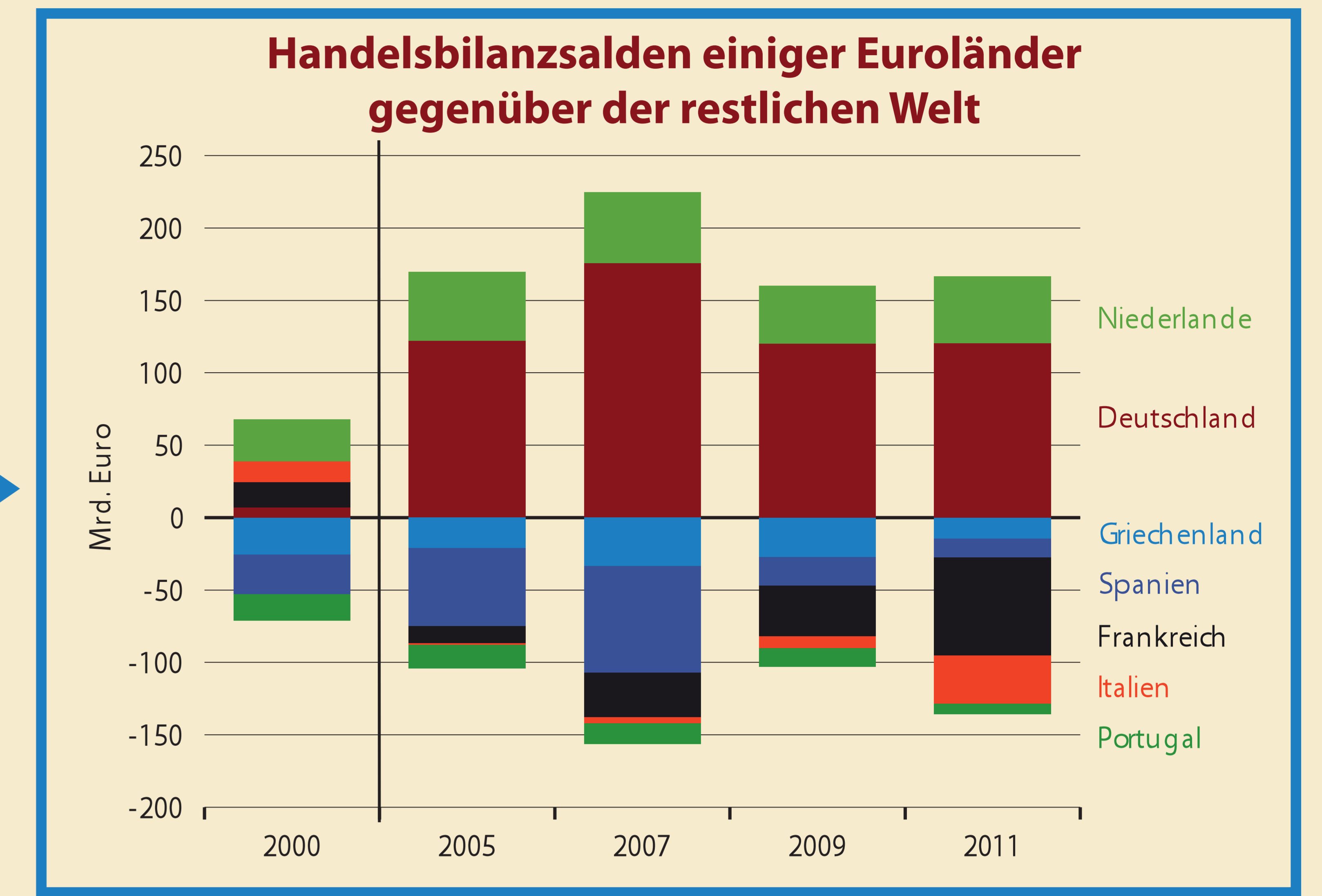
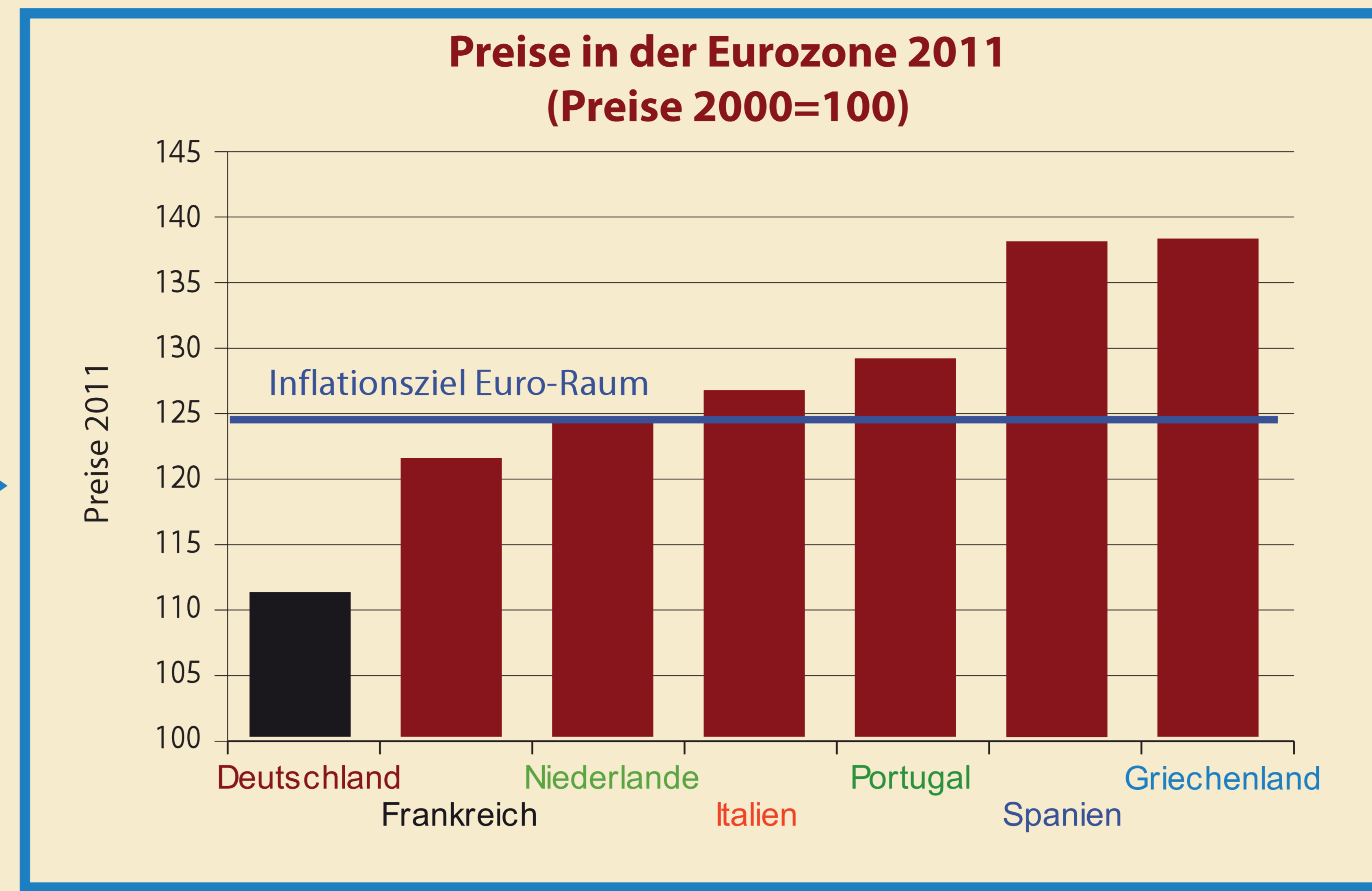
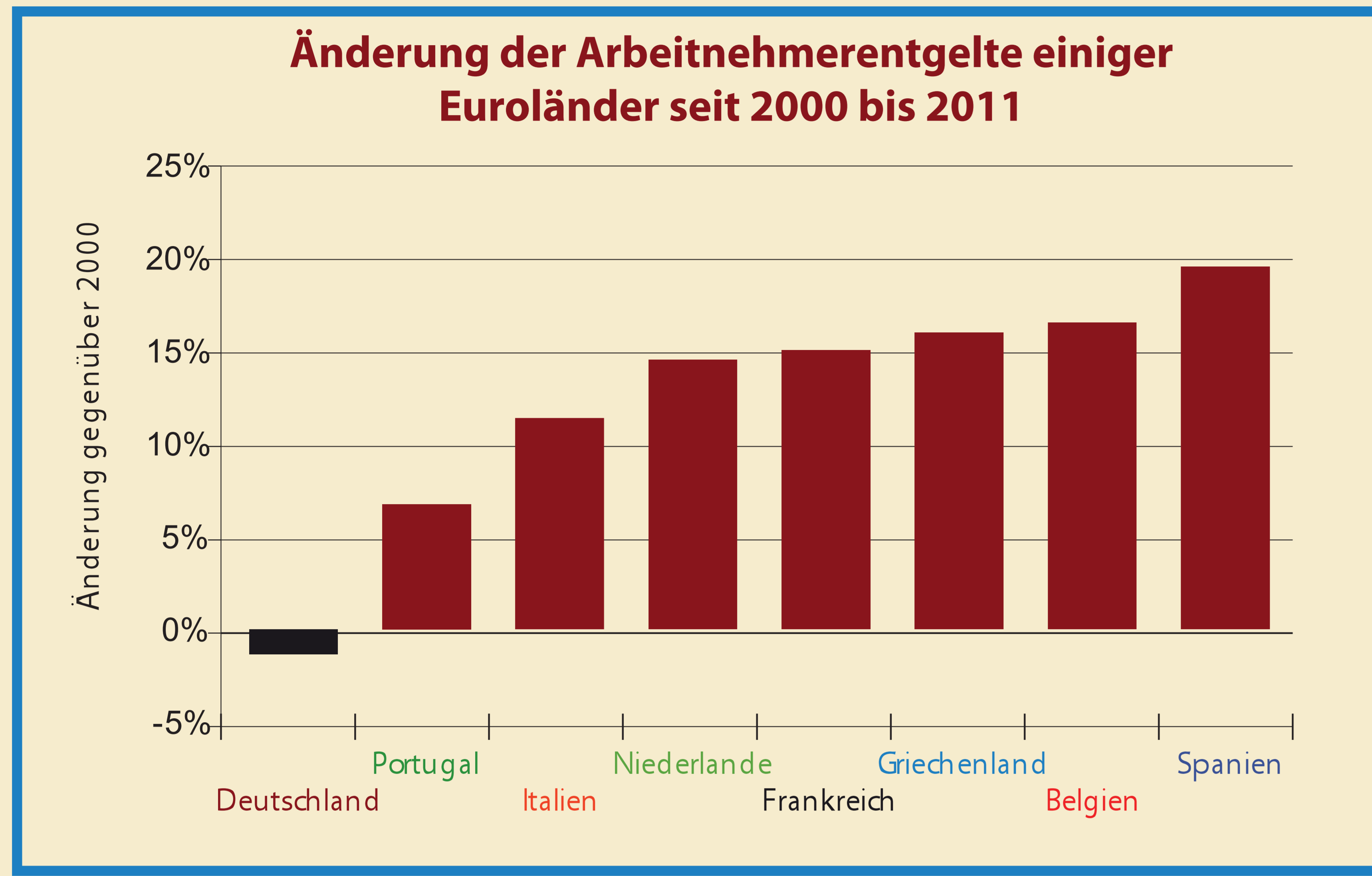


Der starke Anstieg der Zinsraten für Staatsanleihen südeuropäische Länder der Eurozone wurde zu Unrecht ausschließlich den sich erhöhenden Staatsschulden angelastet. Es konnte den Menschen eine bestehende Staatsschuldenkrise, die aus unsolider Haushaltspolitik entspringt, eingeredet werden. Hohe Staatsschulden sind natürlich zu vermeiden, die Mechanismen ihrer Entstehung sind aber komplexer und ihre Reduzierung kann in einem gemeinsamen Währungsraum dieser Art nicht durch Sparprogramme erzielt werden.

Schuldenmechanismus I - Schulden durch andauernde unausgeglichene Handelsbilanzen (keine Währungsabwertung möglich)



Als einziges Land im Eurozone weist Deutschland einen Rückgang der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne + Sozialversicherungsbeiträge Arbeitgeber) innerhalb des Zeitraums von 2000 bis 2011 auf. Gegenüber den anderen Ländern bestehen dahingehend große Abstände, insbesondere im Fall von Frankreich, Griechenland und Spanien. Grundsätzlich ist ein Rückgang für die Arbeitnehmer in Deutschland im Allgemeinen sehr bedauerlich. Für den ärmeren Teil der deutschen Bevölkerung ist der Rückgang noch viel dramatischer und mit spürbarem Kaufkraftverlust verbunden. Als Urheber dieses Rückgangs sind die Hartz-Gesetze zu nennen, sie haben nicht nur auf einen Schlag die Lebensbedingungen von Mio. Menschen unter das Existenzminimum gesenkt, sondern stellen auch eine ständige Drohkulisse für alle anderen abhängig Beschäftigten dar, die eine kaum beherrschbare Lohnabwärtsspirale gebildet hat. Dieser Trend wurde zusätzlich durch den Zwang unterstützt niedrigentlohnte Arbeit annehmen zu müssen oder die Niedriglöhne staatlich "aufzustocken". Die Lohnentwicklung (genauer: die Lohnstückkostenentwicklung) hat einen direkten Einfluss (z.B. über Nachfrage) auf die Preise in dem jeweiligen Land. Stark divergierende Lohnentwicklungen zwischen unterschiedlichen Ländern der Eurozone müssen in der Regel auch zu divergierenden Preisentwicklungen führen.

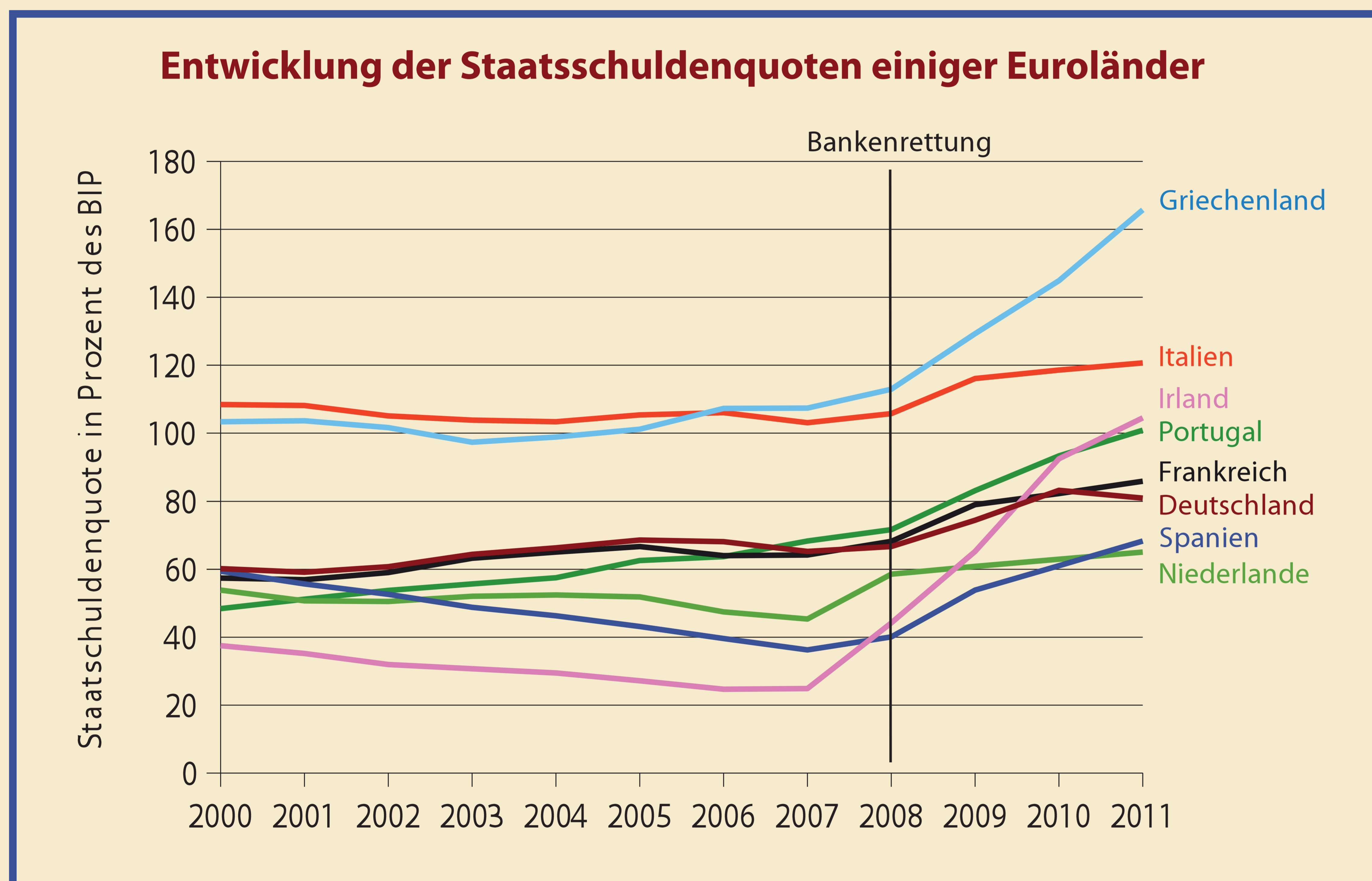
Tatsächlich haben sich die Preise von 2000 bis 2011 in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich entwickelt. Nur Frankreich, die Niederlande und Italien haben annähernd das verbindliche Inflationsziel der Eurozone von jährlich 2% erreicht. Portugal liegt etwas mehr über dem Inflationsziel, Spanien und Griechenland liegen stark darüber und Deutschland liegt drastisch darunter. Es haben sich so also große Preisunterschiede insbesondere zwischen Deutschland und allen anderen Ländern herausgebildet, mit dramatischen Folgen für die Eurozone. Produkte die 2000 noch 100 Euro kosteten, kosten 2011 nun:

in Deutschland	111 Euro
in Frankreich	121 Euro
in Spanien und Griechenland	138 Euro

Das hat natürlich erheblichen Einfluss auf den Handel in der Eurozone. Deutsche Waren und Dienstleistungen werden aufgrund der günstigen Preise immer beliebter, so dass die Volkswirtschaften der Länder mit größerer Preissteigerung dazu tendieren mehr Produkte aus Deutschland zu kaufen als sie aus/in ihrem Land verkaufen können. Dabei folgen sie nur den Gesetzen der Marktwirtschaft, was aber dazu führt, dass gegenüber Deutschland Schulden aufgebaut werden. Die Zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Währungsgemeinschaft ist die gleiche Preisentwicklung seiner Teilnehmer. Denn ohne die Möglichkeit einer Währungsabwertung, fehlt der Regulationsmechanismus über den Wechselkurs und die Teilnehmer sind einander vermehrt schutzlos ausgeliefert. Es ist deshalb essentiell, dass das gemeinsame Inflationsziel von jedem eingehalten und die Lohnentwicklungen der Länder koordiniert werden.

Eine Handelsbilanz gibt Aufschluss über den Gesamtwert der Produkte die ein Land exportiert und importiert. Die Handelsbilanz weist ein Überschuss auf, wenn der Gesamtwert der Exporte die Importe übersteigt und ein Defizit, wenn Umgekehrtes gilt. Seit Beginn der Währungsunion konnte Deutschland seine Handelsbilanzüberschüsse (Exportüberschüsse) drastisch auf anhaltendes Niveau von 120 Mrd. Euro pro Jahr steigern. Auch die Niederlande sind ein Überschussland (stabiler Wert von ca. 50 Mrd Euro), sie betreiben regen Export mit Deutschland (25% ihres Gesamtexports). In Griechenland und besonders Spanien haben die Exportdefizite gleichzeitig stark zugenommen (in Portugal konstantes Defizit), ab 2008 verringern sich die Defizite dann deutlich. Dies ist dem allgemeinen Sparkurs geschuldet, dieser betrifft nicht nur den sogenannten Staatssektor, auch die Unternehmen unterlassen in ungewisser Lage nötige Investitionen und das Importvolumen reduziert sich. Italien und Frankreich haben sich 2005 von Überschuss- in Defizitländer gewandelt. Ihre Defizite haben sich deutlich gesteigert und betragen 2011 zusammen 100 Mrd. Euro. Die divergierenden Preisentwicklungen in der Eurozone haben aufgrund des verhältnismäßig großen Anteils des innereuropäischen Handels am Gesamthandel der Euroländer einen großen Einfluss auf die Handelsbilanzsalden gegenüber der gesamten Welt. Die Darstellung illustriert, dass die Exportüberschüsse des Einen, die Defizite des Anderen sind (hier nur die relevantesten Länder dargestellt). Ohne eine Währungsabwertung können die Defizite nicht reduziert werden und kumulieren sich über den gesamten Zeitraum auf und erhöhen so die Schulden der Volkswirtschaften (insbesondere letztlich auch die Staatsschulden) von Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland und Portugal. Es ist anzunehmen, dass die Handelsbilanzdefizite von Italien und Frankreich in näherer Zukunft sich durch die europaweit verordnete Sparpflicht auch absenken. Das wäre das Ende des durch Exportüberschüsse getriebene deutsche Wirtschaftsmodell.

Schuldenmechanismus II - Schulden durch Bankenrettung



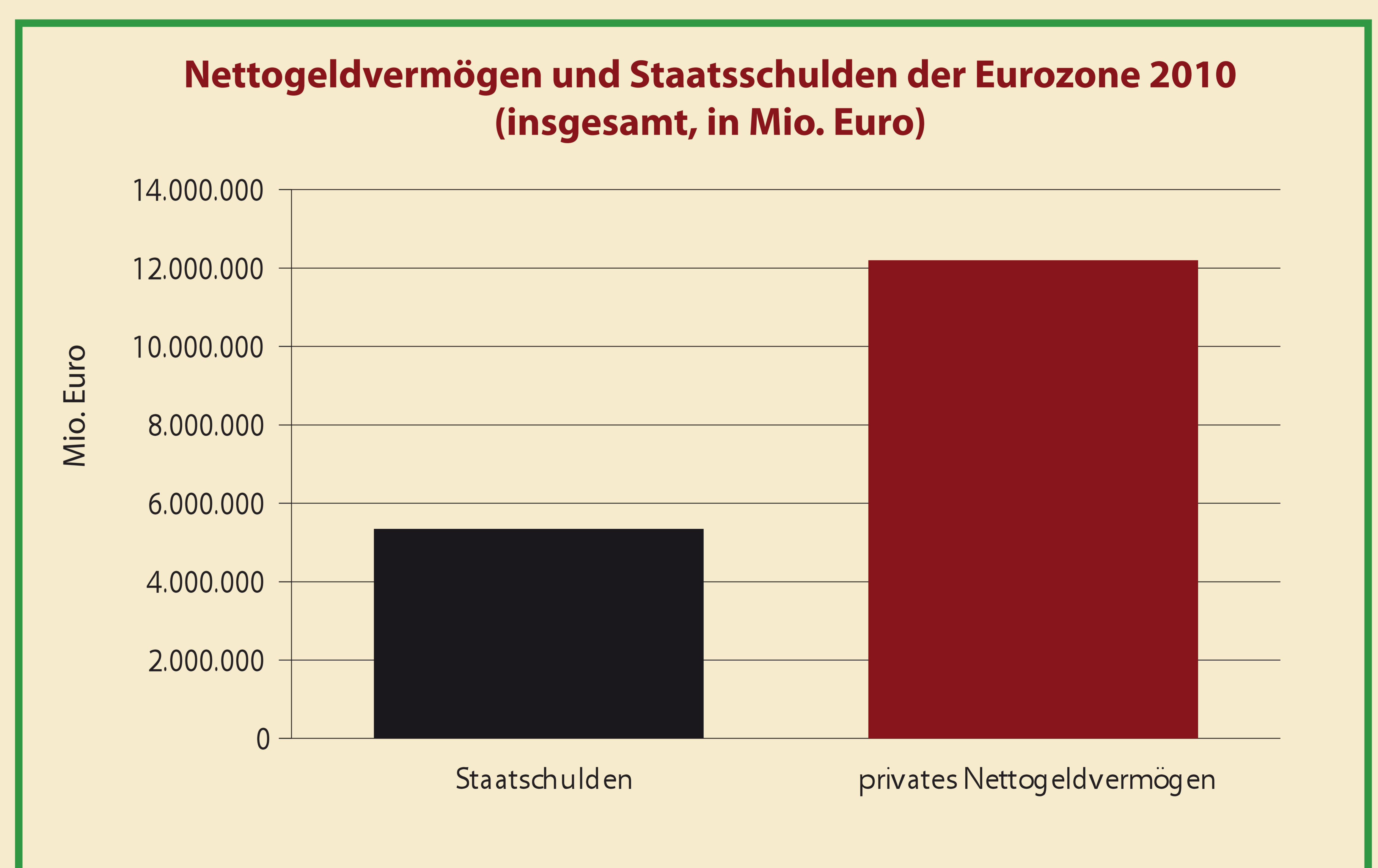
Die Staatsschuldenstände der Euroländer steigen erst zur Bankenrettung rapide an. Die sogenannte Staatsschuldenkrise ist gemacht. Schlechte Haushaltsführung der Staaten fällt als Ursache aus. Die meisten Staaten haben vor der Krise ihre Schulden sogar reduziert. Das heute dämonisierte Spanien hatte 2007 mit Irland die geringste Staatsschulden der gesamten Eurozone (unter 40%), selbst heute hat es noch einen der geringsten Werte. Irlands Staatsschulden sind mit der Bankenrettung von 25% auf 85% explodiert. Auch die Niederlande konnten bis zum Anstieg seine Staatsschulden um 10% drosseln. Die Staatsschulden von Deutschland und Frankreich gingen vor der Krise zurück. Auch Italien und selbst Griechenland hatte 2007 eine ähnliche Staatsschuldenquote wie zu Beginn der europäischen Währungsunion. Sollten sich die Refinanzierungsschwierigkeiten durch in allen Ländern simultan und spontan einsetzende Rechenschwäche der Politiker erklären? Der generelle Schuldenstand ist zudem offensichtlich nicht immer entscheidend für Finanzierungsprobleme (Zinshöhe). Zieht man in Betracht, dass ein funktionierender (u. inflationsarmer) Staat wie Japan eine Schuldenstandsquote von 220% hat, so wird das Ausmaß an ideologischer Verwurzelung bei der Konstruktion der Eurozone (Maastricht-Kriterium) und des Fiskalpaktes erkennbar. Staatsschulden sind kein alleiniges Stabilitätskriterium. Die Festlegung der Maximalquote war völlig beliebig und empirisch keinesfalls begründet.

Lösungsstrategie I - Bevölkerung verarmen



Durch die Sparaktivität der Volkswirtschaften kommt es zu dramatischen Verlusten von Arbeitsplätzen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. In Griechenland hat sich die Arbeitslosigkeit mehr als verdoppelt, in Spanien beträgt sie das 2,5-fache und in Irland ist sie nun mehr als dreimal so hoch wie vor der Bankenrettung. Auch in Portugal ist die Arbeitslosigkeit stark angewachsen, sie liegt auf irischem Niveau von 15%. Spanien und Griechenland haben die 20%-Marke erreicht. Die Sparprogramme vermindern also zum einen die Kaufkraft und bedeuten so erhebliche Verluste an Lebensqualität der Menschen, zum anderen behindern sie auch die eigene Wirtschaft, was noch weitere Arbeitsplätze gefährdet. Ohne nötige Investitionen können die hiesigen Exportindustrien aber auch nicht gegen die Wettbewerber aus den anderen Ländern bestehen. Das Spardiktat bewirkt eine für die Menschen gefährliche Abwärtsspirale.

Lösungsstrategie II - Profiteure zur Kasse bitten



Die Krise kann nur überstanden werden, wenn die Profiteure der Bankenrettung - die Vermögenden - auch für sie aufkommen. Schaut man sich Geldvermögen und Schuldenstände (ohne Immobilien) der Wirtschaftsteilnehmer der Eurozone an, so erhält man netto für die privaten Wirtschaftssubjekte eine Gesamtsumme von über 12 Billionen Euro. Die gesamten Staatsschulden der Eurozone belaufen sich auf etwas mehr als 5 Billionen Euro. Dabei ist zu beachten, dass der Großteil der Euro-Europäer überhaupt kein Geldvermögen besitzt. In Deutschland besitzen die reichsten 1% der Bevölkerung mindestens soviel Geldvermögen wie 90% der Bevölkerung. Durch eine Vermögenssteuer oder -abgabe ließe sich, wenn gewollt, den Staatsschulden also sehr wohl und deutlich gerechter zu Leibe rücken.